

Kommunale Exekutiverfahrung bereichert kantonale Gesetzgebung

Im Wahlkampf wird gelegentlich gefragt, ob Gemeinderäte oder gar -präsidenten überhaupt für den Kantonsrat kandidieren dürfen. Inwieweit sind diese Funktionen miteinander vereinbar?

Sowohl rechtlich wie politisch ist die Frage eindeutig zu bejahen; dem gegenwärtigen wie auch dem zukünftigen Kantonsparlament sind sogar vermehrt Vertreter aus einer Vielzahl zürcherischer Gemeinden nur zu wünschen. Es stehen einer Zugehörigkeit zu beiden «Keimzellen» unserer direkten Demokratie keinerlei höherrangige Grundsätze oder Ausschlussgründe im Wege. Im Gegenteil: Wenn im Kantons-

rat neue Gesetze und Vorschriften beraten werden, macht es durchaus Sinn, dass Vertreter aus einzelnen Gemeinden mitreden, welche die praktischen Folgen aus der eigenen Tätigkeit beurteilen können. In der kürzlichen Debatte um die künftigen Bestimmungen zum Finanzhaushalt war es bestimmt nützlich, die Erfahrung aus der Führung einer Gemeinde einzubringen und so untaugliche Lösungen zu verhindern.

Mit der gesetzgeberischen Tätigkeiten werden wichtige Aspekte grundsätzlich geregelt: Was für Aufgaben haben Kanton und Gemeinden wahrzunehmen, welche Rechte und Pflichten gelten für die Einwohner

unseres Kantons? Wie schaffen wir freiheitliche, liberale Rahmenbedingungen in denen sich die Einwohner möglichst frei und erfolgreich entfalten können? Wie stärken wir den Wirtschafts-, Forschungs- und Innovationsstandort? Wie ermöglichen wir allen Gemeinden trotz sehr unterschiedlicher Steuerkraft ihre Aufgaben wirkungsvoll und ökonomisch zu bewältigen? In vielen Fragestellungen ist es wertvoll, Lebenserfahrung und ganzheitliches Denken einzubringen. Solidarität und Gemeinsinn haben Vorrang vor individualistischen oder einseitig gefärbten Interessen.

Im Raum steht die Frage nach der persönlichen Eignung und der zeitlichen Belastbarkeit. Jeder Kandidat und jede Kandidatin muss sich individuell und in seinem nahen Umfeld (Familie und Beruf) vergewissern, ob und wie ein erstrebenswertes politisches Engagement (in beiden Funktionen) tragbar erscheint. Wir Stimmbürger wünschen uns alle ein hohes Mass an sinnvoll eingesetzter Energie in den anspruchsvollen Ämtern.

Ich unterstütze Erhard Büchi (Liste 3) aus voller Überzeugung. Er verdient auch Ihr Vertrauen.

Renzo Schüepp, Embrach

Reden ist Silber, Zuhören ist Gold

Ich durfte am Dienstag 24. März in Oberglatt die interessante Podiumsveranstaltung zum Thema Masseneinwanderung mitverfolgen. Es referierten mit Wilma Willi und Robert Brunner zwei Politiker der Grünen gegen Barbara Steinemann und Beat Huber von der SVP. Als Moderator figurierte Stefan Schmid, Gemeinderat von Niederglatt und SVP-Kantonsratskandidat.

Stefan Schmid erwähnte einleitend, dass er eine klare Meinung zum Thema Masseneinwanderung habe, für den heutigen Abend jedoch in die Rolle des Moderators schlüpfte. Es sei ihm wichtig, ein Gesprächsvermittler zu sein, so dass die Zuhörer auch einen Nutzen aus dem investierten Abend ziehen können. Dies ist ihm meiner Ansicht nach hervorragend gelungen.

Stefan Schmid verstand es, sämtlichen Podiumsteilnehmer gezielt in das Gespräch einzubinden. Die Meinungen sämtlicher Teilnehmer kamen dabei in einem ausgewogenen Verhältnis aufs Tapet. Drifteten die Referenten in der Thematik links und rechts weg, tolerierte Stefan Schmid auch hitzige Wortgefechte, holte sie jedoch immer wieder gezielt zurück ins Kernthema und auf eine sachliche Ebene.

Für mich war erstaunlich, dass es Stefan Schmid trotz thematischer Befangenheit gelang, eine professionelle Haltung zu wahren. Egal ob links oder rechts, er nahm beidseitig die Argumente präzise und wertfrei auf. Stefan Schmid scheint ein Kantonsratskandidat zu sein, welcher nicht nur reden sondern auch zuhören kann. Mich hat er positiv überzeugt.

Manfred Eilers

Kulturinitiative – für Wenige statt für Alle

Getreu dem SP Slogan, 'Für Alle statt für Wenige' lehnt unsere Fraktion, wie übrigens auch der Stadtrat, die Kulturinitiative mit Überzeugung ab. Diese wäre ein Fremdkörper in unserer bewährten Gemeindeordnung, welche die Organisation und Kompetenzen der Organe regelt. Ein Verhaltensrecht resp. ein solcher Detaillierungsgrad wie sie die Kulturinitiative (u.a. der 2010 deutlich vom Stimmvolk abgelehnte Kulturbefauftragte) fordert, gibt es weder in unserer, noch in einer anderen Gemeindeordnung des ganzen Bezirkes Bülach. Mit dem Gegenvorschlag werden alle gleich behandelt und es wird kein Präjudiz für andere Interessensgruppen geschaffen.

Mit einer Interpellation verlangt unser Gemeinderat Michael Graf Auskunft über Bestrebungen, Konzepte, Kosten sowie involvierte Personen/Kommissionen im Zusammenhang mit Kulturbestrebungen in Bülach Nord.

Zudem will er vom Stadtrat wissen, ob Firmen von gewählten Stadträten in diesem Zusammenhang einen Auftrag erhielten und somit ein Interessenskonflikt vorliegt. Nötige Anpassungen in der Verordnung über die Siedlungs-entwässerungsanlagen sowie über die Wasserverordnung waren unumstritten und mehr formeller Natur. Zur geplanten Bushaltestelle im Sonnenhof nehmen wir wie folgt Stellung: überhöhte Kosten von Fr. 465'000, einen teuren unnötigen Haltestellen-Rückbau, Spurabbau an mehreren Orten, zusätzliche Verkehrsbehinderung durch Fahrbahnhaltestellen und ungeeignete Verkehrsinsel. Den Umbau in der vorliegenden Form, Behinderung des Individualverkehrs, lehnen wir ab und bekämpfen das Projekt. Unserer RPK Vertreterin sowie Kantonsratskandidatin (2x Liste 1) Romaine Roggenmoser, gratulieren wir an dieser Stelle zur Wahl als 2. Vizepräsidentin des Gemeinderates.

Fraktion der SVP/EDU Bülach